

# Der Wahnsinn hat Methode

foto©: nattan23, pixabay.com, CC0



## Zum Hintergrund von Privatisierung und ÖPP/PPP am Beispiel geplanter Schulneubauten in Berlin

von Brigitte Pick

**S**chon während der frühen Neuzeit, der Vorgeschichte des Kapitalismus, sehen wir Formen eines alten Geschäftsmodells, das wir heute Public Private Partnership (PPP) nennen. Öffentliche Aufgaben werden durch kapitalistische Unternehmen oder kleinere Gewerbebetriebe wahrgenommen. So weit so gut.

In der frühen Neuzeit gab es große Militärunternehmer, die auf eigene Rechnung Truppen anwarben, sie bezahlten und den Fürsten für deren Kriege zuführten. Im Hundertjährigen Krieg zwischen England und Frankreich (1337-1453) wurden zu den Söldnern schwere Feuerwaffen benötigt. Das finanzierte man durch staatliche Anleihen, die reiche Leute kauften, um im Gegenzug das Recht der Steuereintreibung zu erhalten, bis sie ihr Geld mit Zinsen wieder hatten.

Der moderne Staat entstand durch die fundierte Staatsschuld: Sie wurde – und wird- nie wirklich zurückgezahlt. Liefen Anleihen aus, wurden –und werden- sofort neue aufgenommen. Die Gläubiger bekommen die Zinsen und, wenn sie Unternehmer sind, Aufträge der öffentlichen Hand, die aus ihren Krediten bezahlt wurden: Public Private Partnership.

**Der moderne Staat entstand durch die fundierte Staatsschuld: Sie wurde – und wird - nie wirklich zurückgezahlt**

„Die Geschichte der privaten und öffentlichen Schulden ist eine Geschichte von Schuldenerlassen. Schon im Babylonischen Reich und in der Antike wurden bei nahezu jedem Machtwechsel private Schulden gestrichen, um den Betroffenen einen Neuanfang zu er-

möglichen. Als das Römische Reich diese Praxis beendete, war es selbst bald am Ende und begann, ökonomisch und politisch zu zerfallen.<sup>1</sup>

Die US-Ökonomen und Finanzwissenschaftler Carmen Reinhard und Kenneth Rogoff<sup>2</sup> zählen insgesamt 250 Auslandsschuldenkrisen weltweit in der Zeit von 1800 bis 2009 und mindestens 68 Inlandsschuldenkrisen. Fast Alle diese Krisen endeten mit einer zumindest teilweisen Schuldenstreichung.<sup>3</sup>

Kreditgeber der Krone und der öffentlichen Hand mussten über Jahrhunderte immer wieder ihre Ansprüche in den Wind schreiben. Für die Rechtmäßigkeit dieses Vorgangs gibt es sogar eine marktwirtschaftliche Begründung. Zinsen sind der Preis für Risiko.<sup>4</sup>

Nun ist die Schuldenbremse seit dem Sommer 2009 im Grundgesetz verankert und begrenzt die Aufnahme neuer Schulden auf maximal 0,35 % des Bruttoinlandproduktes. Bei schwacher Konjunktur, schweren Wirtschaftskrisen und Naturkatastrophen sind Ausnahmen zugelassen. Der Zweck der Schulden wird nicht hinterfragt, es gäbe durchaus Sinn, öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung durch Schulden zu finanzieren und die Finanz- und Wirtschaftskrise so zu stabilisieren. Die hohen Haushaltsdefizite sind nicht durch eine verschwenderische Ausgabenpolitik verursacht, sondern durch starke Steuersenkungen, die vermögensstarke Haushalte sowie Unternehmen besonders begünstigen. Die Haftung für die versagende Wirtschaft und die deregulierten Finanzmärkte übernahm der Staat.<sup>5</sup>

„Gewaltenteilung und Grundrechte sind selbstverständlich auch politisch umstritten, aber sie sind doch um einiges demokratisch dingfester zu machen als Richtlinien wie die, dass die Gesamtverschuldung eines Landes 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen darf. Hier handelt es sich um höchst kontroverse, von keiner geschichtlichen Erfahrung gedeckte und, Kritiker würden sagen: willkürliche Grenzziehungen, welche mit dem wirtschaftlichen Gesamterfolg eines Landes wenig zu tun haben. Ganz abgesehen davon, dass man solche Regeln mithilfe hochdotierter Zahlenartisten der kreativen Buchhaltung immer irgendwie umgehen kann...“<sup>6</sup>

Die Unternehmen achteten darauf, dass ihnen nicht hineinregiert wurde oder der Staat sich in Bereiche ihrer Wirtschaftszweige ausdehnte. Der Postbetrieb konnte

beispielsweise gerne staatlich sein, solange er die Fernsprengeräte nicht auch noch selbst herstellte. So war es auch bei der Eisenbahn u. ä.

**Die Unternehmen achteten  
darauf, dass ihnen  
nicht hineinregiert wurde ...**

---

1 siehe auch David Graeber: Schulden. Die ersten 5000 Jahre, Stuttgart 2012

2 Reinhard, Rogoff, Dieses Mal ist alles anders. Acht Jahrhunderte Finanzkrisen, München 2010

3 Freiheit statt Kapitalismus von Sarah Wagenknecht, Frankfurt/New York 2012, S.233

4 Freiheit statt Kapitalismus von Sarah Wagenknecht, Frankfurt/New York 2012, S. 28/29

5 Die Schuldenbremse erhöht den Druck auf die öffentlichen Haushalte: Interview mit dem Volkswirt Prof. Dr. Achim Truger von der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin im Mieterecho 358/Februar 2013

6 Das Unbehagen an der Demokratie von Jan- Werner Müller im Tagesspiegel vom 13.1.2013. Müller lehrt Politische Theorie in Princeton

So ist die öffentliche Hand nötig, um die kapitalistische Produktionsweise zu sichern, nutzten bislang die staatlichen Aufträgen der Wirtschaft und umge-

kehrt. „Seit den 1990er Jahren wurden die PPP zu Mühlsteinen um den Hals von Staat und Gemeinden. Eine Politik der Steuersenkung brachte diese um die Mittel, die sie für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen sowie für den laufenden Betrieb dringend gebraucht hätten.“<sup>7</sup>

Statt hohe Kredite selber aufzunehmen und die Schulden in ihren Büchern zu vermerken, lässt man öffentliche Gebäude wie Schulen von Privatunternehmen

finanzieren, bauen und betreiben, und verpflichtet sich im Gegenzug, 30 Jahre Nutzungsgelühren zu zahlen. Rechnungshöfe kritisieren immer wieder, dass das Bauen weder billiger noch solider wird, da die Wirtschaftlichkeit manipuliert wird und die Unterlagen geheim blieben. Der immer wieder beschworene Kostenvorteil und Sachverstand ist reine Ideologie. Die Kosten für Berater und Managertätigkeit sind immens. Inzwischen ist der bundesdeutsche Autobahnbau eines der lukrativsten Geschäfte für die Konzerne Bilfinger, Strabag, Hochtief und der französischen Vinci geworden.<sup>8</sup> Die sogenannte Schuldenbremse wird umgangen und die Projekte der demokratischen Kontrolle entzogen. Die Menschen fühlen sich zunehmend ausgeliefert und spüren einen Kontrollverlust.

Gerät ein Käufer eines staatlichen Betriebes heute in wirtschaftliche Schwierigkeiten, gibt der Staat Zuschüsse oder kauft den Betrieb zurück.

## **Die Menschen fühlen sich zunehmend ausgeliefert und spüren einen Kontrollverlust**

### **Man lässt öffentliche Gebäude wie Schulen von Privatunternehmen finanzieren ...**

### **Bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten, gibt der Staat Zuschüsse oder kauft den Betrieb zurück**

„In Deutschland setzte sich vor allem die SPD für diese Privatisierung staatlicher Leistungen ein und verabschiedete dafür 2005 in Koalition mit den Grünen das ÖPP-Beschleunigungsgesetz. Dem folgte 2009 die Gründung der ÖPP<sup>9</sup> Deutschland AG, die öffentliche Körperschaften dabei berät. Neben Bund, Ländern und Kommunen sind auch Baukonzerne und Banken daran beteiligt. Dabei seien „die Grenzen zwischen Beratung und Lobbying fließend“, beklagten die Rechnungshöfe 2011. Außerdem stellten sie fest, dass die Berechnung der finanziellen Vorteile für die Staatskasse häufig auf falschen Annahmen beruht. Weil PPP Neubauten erlaubt, ohne direkt Schulden aufzunehmen, halten viele Regierende aber an der Praxis fest. Bisher sind so rund 200 öffentliche Bauten von Kitas bis zu Gefängnissen und Autobahnen für rund zwölf Milliarden Euro an private Dienstleister übergegangen.“<sup>10</sup>

---

7 ders.

8 Wem nutzen Private Public Partnerships von Harald Schumann im Tagesspiegel vom 13.1.2013

9 Öffentlich-Private Partnerschaften

10 Zweifelhafte Versprechen von hsc im Tagesspiegel vom 13.1.2013

Nun denkt man ja, der eine oder andere würde das Spiel durchschauen und daraus lernen, die Linken nicht mitspielen, aber das desolate aber ach so hippe Berlin lehrt uns etwas anderes.

Laut der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fehlen in Berlin bis zum Jahr 2024/25 75.000 Schulplätze und 70 bis 80 Schulen. Deshalb hat die rot-rot-grüne Regierung Investitionen von 5 Milliarden Euro in die Schulinfrastruktur mit einem 10-Punkte Plan in überbezüglicher Kooperation beschlossen, obwohl ab 2020 für alle Bundesländer eine Schuldenbremse erfolgen soll. Um die Aufnahme von Krediten außerhalb des Landeshaushaltes zu ermöglichen, wird eine ins Privatrecht ausgelagerte Landesgesellschaft, hier eine HO-WOGE-Tochtergesellschaft<sup>11</sup> gegründet, die Schulbauprojekte ab 10 Millionen Euro übernehmen soll.<sup>12</sup> Die Gesellschaft nimmt also entsprechende Kredite auf dem Kapitalmarkt auf, fungiert als Vertragspartner für ausgewählte Bauunternehmen und vermietet die fertig gestellten Schulen dann an die Bezirke, die der HOWOGE ihre Grundstücke per Erbbaurecht bzw. Nießbrauch überlassen hat, beides zeitlich begrenzte Konstrukte, so der Berliner Finanzsenator. Der Schattenkredit ist auf 1,5 Milliarden Euro ausgelegt, Geld, das durchaus im Berliner Haushalt vorhanden ist, zumal Kapitalmarktkredite erheblich teurer sind als Landesschulden.

Es formiert sich Widerstand. Die GEW ist dagegen.<sup>13</sup> Eine Volksinitiative sammelt Unterschriften gegen den Senatsplan und fordert, dass Berliner Schulen weiter mit öffentlichen Geldern gebaut und saniert werden und wendet sich gegen Privatisierungen.<sup>14</sup>

„Kern der Senatsvorschläge ist, unter dem Dach einer Wohnungsbaugesellschaft eine privatrechtliche Schulbau- und Schulsanierungsgesellschaft zu gründen. Die Wohnungsbaugesellschaft bzw. die Tochtergesellschaft soll relevante Teile der Sanierung und des Neubaus von Schulen zentral übernehmen und dafür privates Kapital aufnehmen. Die drei diesen Vorgang prägenden Punkte – Zentralisierung, formelle Privatisierung sowie Einbezug von privatem Kapital – führen jedoch nach den bisherigen Erfahrungen mit ÖPP nicht zu einer Verbesserung der aktuellen Zustände. Besonders beunruhigend ist in diesem Zusammenhang, dass bereits der Wert der Schulgebäude geschätzt wurde.<sup>15</sup> Berlin hat eine lange, leidvolle Geschichte von Privatisierungen, die stets mit solchen Wertermittlungen begannen – und oft im weitgehenden oder vollständigen Ausverkauf endeten. Auch eine weitreichende Beleihung der Schulen, für die zum Beispiel Mietverträge verpfändet werden, würde Banken einen weitreichenden Zugriff auf Berliner Schulen einräumen. Des Weiteren wurden Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) im Koalitionsvertrag nur für den Neubau abgeschlossen. Sanierung und baulicher Unterhalt stellen hinsichtlich Volumen und Planungs-

---

11 Es gab unrechtmäßige Auftrags-Vergabe an Privatfirmen sowie fehlende europaweite Ausschreibung für Großaufträge. Als Konsequenz wurden die damaligen beiden Geschäftsführer entlassen

12 Gemeinsam gegen den Sanierungsstau im Tagesspiegel vom 8.11.2017

13 [https://www.gew-berlin.de/17832\\_19534.php](https://www.gew-berlin.de/17832_19534.php) von Jörg Tetzner November 2017

14 Neue Volksinitiative von Ralf Schönball im Tagesspiegel vom 4.1.2018

15 Siehe dazu Torsten Schneider, Björn Böhning (2016): Abschlussbericht der AG Schule der SPD Berlin. „Die Wiederbeschaffungswerte der bezirklichen Schulen summieren sich (in aktuellen Preisen) auf rd. 11,65 Mrd. € (S. 16)“. Unbekannt ist dabei, wer den Auftrag hatte, diese Wertermittlung vorzunehmen und welche Verfahren angewandt wurden. Die Ermittlung der Werte erfolgte möglicherweise nicht frei von Interessen Dritter.

aufwand aber ebenfalls einen großen Bedarf dar. Und nicht zuletzt weisen die bisher vorgestellten Konzepte wesentlich mehr Ähnlichkeiten mit ÖPP auf als Unterschiede und ermöglichen spätere Verkäufe ebenso wie weitreichendere ÖPP-Formen.“<sup>16</sup>

West-Berlin hat schon eine traumatische Erfahrung mit zentralem Schulneubau unter dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz (SPD) und dem Schulsenator Gerd Löffler (SPD)

gemacht. In einer frappierend ähnlichen Konstruktion baute die DeGeWo Mitte der 1970er Jahre mit privatem Kapital 15 Mittelstufenzentren. Die Kosten explodierten, die Lern- und Aufenthaltsqualität in den Gebäuden war fürchterlich. Obendrein waren die Bauten alles andere als nachhaltig: Wegen verschiedener Mängel (insbesondere wegen Asbestbelastung) wurden die Schulen Anfang der 1990er wieder geschlossen und sind heute fast ausnahmslos abgerissen. Die Kosten pro Schüler und Jahr lagen in der Rückschau (inflationbereinigt) beim 15-fachen (!) dessen, was heute für Schulneubauten als Kosten pro Schüler und Jahr anvisiert wird.<sup>17</sup> Der Schaden, der damals entstand, wird auf mehr als eine Milliarde DM geschätzt, ist bis heute aber nie vollständig ans Licht gekommen.

Der Bau der 15 Schulen verschlang 620 Millionen Mark. Die DeGeWo erhielt ein zinsloses Darlehen von 84 Millionen Mark. Die Schulen wurden im

Frühjahr 1975 eröffnet und mussten Ende der 1980er Jahre nach und nach schließen. Mehr als 12.000 Schüler standen auf der Straße und wurden für ein halbes Jahr auf andere Schulen aufgeteilt, ehe provisorische Schuldörfer entstanden. Die mit perfektionistischer Technik ausgestatteten Mittelstufenzentren waren ohne Rücksicht auf fiskalische Lasten und Energieverbrauch nach pädagogischen Leitlinien vor der Energiekrise und vor der Rezession konzipiert worden, war ja der Kostenträger ausgelagert auf die DeGeWo, die die Schulen an die Schulträger in den Bezirken rückvermietete, im Leasing Verfahren auf 30 Jahre mit einer Summe von 820 Millionen Mark veranschlagt.<sup>18</sup>

Es gab sofort Ärger mit fensterlosen Klassenräumen, Klimatisierungen, Gesundheitsbeschwerden, bevor das Asbestdrama zur Schließung zwang. Die Benutzer der genormten Großschulen klagten über Kopfschmerzen, Schwindelanfälle und Kratzen im Hals. Den Schülern wurde sogar vorgeworfen, die Klimaanlage manipuliert zu haben.

„Nach Behördenangaben rund 1000 und nach Schülerangaben etwa 1500 bis 2000 Schüler der drei Neuköllner Mittelstufenzentren demonstrierten gestern während der Unterrichtszeit vor dem Dienstgebäude des Neuköllner Volksbildungsstadtrats gegen die schlechten

## **Die Kosten explodierten, die Lern- und Aufenthaltsqualität in den Gebäuden war fürchterlich**

## **Die DeGeWo erhielt ein zinsloses Darlehen von 84 Millionen Mark**

16 <https://www.gemeingut.org/berliner-schulprivatisierung-brief-an-die-abgeordneten-von-rot-rot-gruen/> vom 17.10.2017


17 Der von der Berliner Politik oft als Vorbild genannte Stadtstaat Hamburg geht bei Schulen von einer Fläche von 12 qm pro SchülerIn und 2800 Euro Baukosten pro qm aus.

18 <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12816.pdf>

Klimaanlagen in ihren Schulen. Auf Flugblättern forderten sie einen Ausbau der Anlagen und Umbau der Schulen oder sofortige Instandsetzung.“<sup>19</sup>

Asbest geriet zu einem Dauerbrenner im Unterricht und scheint heute beinahe vergessen. Allein in Neukölln standen vier der 15 verseuchten Schulgebäude. Es brauchte Jahrzehnte, um das Asbestproblem zu lösen. Das „Asbest-Sanierungsprogramm von 1989/90 scheiterte zweimal: Erst am immensen Ost-Berliner Investitionsbedarf und dann an den Sparzwängen, die daraus folgten. So kam es, dass keine der Schulen wie geplant nach fünf oder zehn Jahren aus ihren Provisorien ausziehen konnte. Stattdessen wurde Flickschusterei betrieben: In immer kürzeren Abständen mussten die maroden Container saniert werden. Jahrelang war nicht einmal Geld da, um die asbestverseuchten Gebäude abzureißen. Auf 150 000 D-Mark jährlich wurden schon im Jahr 2000 die Unterhaltungs- und Sicherungskosten beziffert. Zudem lagen wertvolle Immobilien brach, bis es nach rund 20 Jahren so weit war, dass die ersten Schulen ihre Neubauten beziehen konnten.“<sup>20</sup> Die letzten Neubauten sollen 2022 fertig werden. Das ist doch mal ein Berliner Tempo!

Die Nutzungsdauer einer Schule wird heute mit 50 Jahren angegeben. Die Schule in Berlin Neukölln, in der ich 35 Jahre lehrte, wurde im Frühjahr 1908 begonnen zu bauen und war am 7.10.1909 fertig gestellt, das sind eineinhalb Jahre. 955 Schüler lernten in der 31. Und 32. Gemeindeschule in 20 Klassen. Das Anwachsen der Bevölkerung hatte die Schaffung neuer Schulen notwendig gemacht. Von 1899 bis 1920 stieg die Einwohnerzahl Neuköllns von 80.000 auf 265.293. Die Schule steht noch heute und wurde den Bedingungen der Zeit angepasst, von Abriss keine Rede. Heute dauert ein Schulbau vom Beschluss bis zur Fertigstellung 7 - 10 Jahre. Die reinen Bauarbeiten schafft man auch heute in etwa zwei Jahren.

Berlin hat mit der Bankengesellschaft in Sachen Insolvenz und mit den Wasserbetrieben in Sachen Privatisierung und ÖPP schon teure Erfahrungen gemacht. Die geplante Schul-Infrastrukturgesellschaft droht das nächste Abenteuer in dieser Kategorie zu werden. 

\*\*\*\*\*

### Über die Autorin

Brigitte Pick (\*1946) studierte in Berlin Geschichte. Von 1969 bis 2005 war sie ohne Unterbrechung im Berliner Schuldienst tätig. 1970 wechselte sie an die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und übernahm deren Leitung 1983. Seit 2005 ist sie im Ruhestand.

### Veröffentlichungen:

- Pick, B. (2007): Kopfschüsse. Wer PISA nicht versteht, muss mit RÜTLI rechnen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2011): Kaktusküsse. Wer »Überflüssige« in der Schule aussortiert, darf sich über Hartz IV nicht beklagen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2013): Randnotizen aus der 2. deutschen Republik. Kindle Edition

### Kontakt:

brigittepick@t-online.de

 **Alle Texte von Brigitte Pick im Magazin Auswege**

---

**AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**  
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht  
www.magazin-auswege.de  
antwort.auswege@gmail.com

---

<sup>19</sup> <http://www.tagesspiegel.de/berlin/30-januar-1979/486324.html>

<sup>20</sup> <http://www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-asbest-schulen-spaete-wiedergutmachung/20034970.html> vom 8.7.2017